

### **Kritische Reaktionen von SED-Mitgliedern, auf die Umsetzung der KSZE-Beschlüsse von Helsinki**

Selbst in den Reihen der eigenen Parteigenossen wurden nach Abschluss der KSZE-Konferenz Forderungen nach der Umsetzung der Beschlüsse der Schlussakte von Helsinki laut.

Im August 1975 unterzeichnete die DDR die Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Auf dem Papier verpflichtete sie sich damit zur Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten im Land. Nach der Unterschrift unter das Vertragswerk beauftragte jedoch die SED ihre Geheimpolizei, unerwünschte Nebenwirkungen, wie das Beharren der Menschen auf Ausreise oder zunehmende Westkontakte, zu bekämpfen – den Bürgern der DDR also weiterhin ihre Menschenrechte vorzuenthalten.

Selbst aus den Reihen der SED-Mitglieder wurden nach dem Ende der KSZE-Konferenz Forderungen nach der Umsetzung der Beschlüsse der Schlussakte von Helsinki laut. Kritische Nachfragen und Bezugnahmen auf die Vereinbarungen der Schlussakte nahmen sogar unter den Parteigenossen zu. Als die erhofften Reformen ausblieben, kam es zu vermehrten Parteiaustritten, Unterschriftensammlungen und Ankündigungen von Demonstrationen. Wenn einzelne kritische Genossen die Partei nicht freiwillig verließen, wurden sie oftmals aus der Partei ausgeschlossen. Das MfS beobachtete und dokumentierte diese Tendenzen.

---

**Signatur:** BStU, MfS, ZAIG, Nr. 11283, Bl. 200-204

---

#### **Metadaten**

Dienst Einheit: ZAIG

Datum: 1976

## Kritische Reaktionen von SED-Mitgliedern, auf die Umsetzung der KSZE-Beschlüsse von Helsinki

BSTU  
0200

Neben den vielfältigsten positiven Reaktionen im Zusammenhang mit der Vorbereitung und dem Ergebnis der Konferenz von Helsinki machen Informationen, Anfragen, Eingaben und Parteiverfahren jedoch darauf aufmerksam, dass auch eine Reihe Genossen illusionäre Auffassungen, Zweifel sowie nicht klassenmäßige Forderungen und Verhaltensweisen zeigen bis zu feindlichen Positionen einzelner.

Wenn es sich auch nur um einen relativ kleinen Teil von Genossen handelt, so treten solche Erscheinungen jedoch in diesem Jahr verstärkt auf.

Am häufigsten zeigt sich dabei, dass bei diesen Genossen die Fragen der Sicherheit weniger Beachtung finden, sondern die Ergebnisse viel mehr vom Standpunkt uneingeschränkter Reisemöglichkeiten und der Touristik in das kapitalistische Ausland, besonders die BRD, des Informationsaustausches und der Lösung rein persönlicher Probleme betrachtet werden. Dabei ist in den Meinungsäußerungen unverkennbar, dass die durch die westlichen Massenmedien angeheizten Erwartungen bei einigen Genossen nicht ohne Wirkung blieben.

Sichtbar wird das in solchen Positionen, dass zum Beispiel die Forderung nach mehr Grosszügigkeit bei Reiseanträgen mit Verbesserung der "innerdeutschen Beziehungen" und mit mehr "menschlichen Kontakten" begründet wird, bzw. als eine Frage der "persönlichen Freiheit", des "Vertrauens" zu den Genossen und ihrem gewachsenen Bewusstsein hingestellt wird.

Bei Auseinandersetzungen mit Genossen wegen prinzipienlosen Verhaltens bei Kontakten mit BRD-Bürgern wird von diesen Genossen häufig von der Politik der friedlichen Koexistenz im Zusammenhang mit Helsinki gesprochen und mehr Grosszügigkeit verlangt.

Zur Frage des Informationsaustausches ist die Forderung nach mehr westlichen Zeitschriften und Zeitungen zum Teil verbunden mit Äusserungen, dass sie erfahren wollen, was in der BRD wirklich los ist und die Zweifel am Wahrheitsgehalt unserer Informationen erkennen lassen.



## Kritische Reaktionen von SED-Mitgliedern, auf die Umsetzung der KSZE-Beschlüsse von Helsinki

- 2 -

BSTU  
0203

Verstärkt tritt wieder in Erscheinung, dass sich auch Genossen mit Eingaben und Beschwerden bei Einziehung von Erzeugnissen, die nicht zur Einfuhr zugelassen sind, an die Zollorgane wenden und sich dabei auf die Ergebnisse von Helsinki beziehen. Teilweise wird dabei das Ansinnen zum Ausdruck gebracht, dass die DDR im Ergebnis der Konferenz bestimmte Positionen ihrer Sicherheit überprüfen müsste.

Einzelne Genossen, die in der BRD waren, führten illegal Hetz- und Schmudmaterial ein mit der Begründung, es für die politische Arbeit zu verwenden.

Es gibt auch einzelne Fälle, wo im Zusammenhang oder bezogen auf die Konferenz von Helsinki, direkt feindliche Positionen vertreten wurden. So zum Beispiel, dass nach den Verträgen von Helsinki eine solche Handlung wie 1968 in der CSSR nicht mehr möglich wäre, und "die Russen nicht mehr in Prag einmarschieren könnten"; oder dass man in der DDR unter einem Zwang leben würde und gezwungen wäre, "das Deutschtum" preiszugeben, um ein "Superrusse" zu werden.

Vor allem bei Ablehnung von Reisen und Übersiedlungen ins kapitalistische Ausland, besonders in die BRD, treten auch einige Mitglieder der Partei, vor allem Angehörige der Intelligenz und Angestellte, provokatorisch auf bzw. erklärten ihren Austritt aus der Partei, wenn ihren Forderungen nicht Rechnung getragen wird.

Sechszehn Mitglieder wurden deshalb in diesem Jahr aus der Partei ausgeschlossen. Dabei wurde von einigen der Partei und Regierung unterstellt, dass sie die Verträge, vor allem bezogen auf Familienzusammenführung, und die Erklärung der UNO über Menschenrechte nicht einhalten und selbst unmenschlich handeln würden. Es wurde von einzelnen gedroht, beim Internationalen Gerichtshof Klage zu erheben oder demonstrative Handlungen in der Öffentlichkeit zu organisieren, um verhaftet und "abgeschoben" zu werden.

Es kam vereinzelt zu Unterschriftssammlungen, woran auch Genossen beteiligt waren.

Bei den Austrittserklärungen sind in diesem Zusammenhang einzelne Äußerungen hervorzuheben, die dahin gehen, dass sie in der Partei unter Zwang stehen würden und keine "persönliche Freiheit" besitzen, und dass ihnen die BRD-Staatsbürgerschaft mehr wert sei, als die Parteimitgliedschaft.

## Kritische Reaktionen von SED-Mitgliedern, auf die Umsetzung der KSZE-Beschlüsse von Helsinki

- 3 -

BSTU  
0204

Vielfach zeigen sich bei Genossen auch skeptische Meinungen, zum Beispiel bei einigen Angehörigen der Intelligenz, dass die Abschlussdokumente wenig Bedeutung hätten, weil sie keinen völkerrechtlichen Charakter besäßen.

Verbreitet sind Meinungen, dass sich die Imperialisten nicht an die Vereinbarungen von Helsinki halten werden, und dabei die Frage nach den Garantien aufgeworfen wurde. Gleichzeitig wird von nicht wenigen Genossen die Frage gestellt, ob wir nicht zu viel Zugeständnisse, besonders im humanitären Bereich gemacht hätten. Vereinzelt gab es auch Meinungen inwieweit unsere Militärpolitik noch aktuell sei und ob wir noch eine starke Armee brauchen.

Zweifellos reagierten die Mehrzahl der Grundorganisationen bei offenem parteifeindlichen und -schädlichen Auftreten und Handeln sofort und auch konsequent. Bei Leitungen von Grundorganisationen zeigen sich aber auch bei der Klärung der Probleme, besonders die die Beziehungen der DDR und BRD betreffen, bei Anträgen auf Reisen und Übersiedlungen sowie bei Kontakten mit BRD-Bürgern und ähnlichen Fragen noch vielfach Unsicherheiten, die sowohl in liberalem Verhalten als auch im engen Herangehen zum Ausdruck kommen.

So zeigt sich, dass verschiedene Parteileitungen nach wie vor auf falsche Auffassungen, politisch-ideologische Schwankungen und prinzipienloses Verhalten in diesen Fragen nicht immer sofort politisch reagieren bzw. solche Verhaltensweisen bagatellisieren, weil sie in der Argumentation selbst unsicher waren oder keine feste Position hatten. Andererseits gibt es Erscheinungen, auch in Stadtbezirks- und Kreisleitungen sowie staatlichen Organen, dass bestimmte Festlegungen für bewaffnete Organe und Geheimnisträger bezüglich Reisen und Kontakte auch auf Genossen ausgedehnt werden, auf die sie nicht zutreffen, oder zum Teil in einer Art reagiert wird, die nicht zu einer offenen und vertrauensvollen Atmosphäre beiträgt.